

# Platz vier bei der »Wettbewerbsfähigkeit«

## »Observatoire de la compétitivité« präsentiert seine Jahresbilanz 2017

**A**m Montag hat der auf den so berühmt wie berühmte »Fontagné-Bericht« zurückgehende, von Anfang an vom stets bewährten Statec-Direktor Serge Allegrezza geleitete und sicherheitshalber auch noch dem Wirtschaftsministerium unterstellte »Observatoire de la compétitivité« seine Jahresbilanz 2017 präsentiert. Dabei kam zum ersten Mal ein vom Wirtschafts- und Sozialrat – also unter Beteiligung der drei repräsentativen Gewerkschaften – ausgearbeitetes »Indikatorensystem« zum Einsatz. Die Beobachtungsstelle, die die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Luxemburg im Vergleich zu den übrigen EU-Staaten messen soll, geht auf den vom damaligen, wie heute von der LSAP gestellten Wirtschaftsminister Jeannot Krecké zurück, der beim neoliberalen französischen Ökonomen Lionel Fontagné eine Studie bestellt hatte, die im Herbst 2004 der Tripartite aus Regierungs-, Patronats- und Saliariatsvertretern unter dem Titel »Compétitivité du Luxembourg: une paille dans l'acier« präsentiert wurde.

Wie Wirtschaftsstaatsse-

ekretärin Francine Closener erläuterte, wurde Fontagnés ursprünglicher »Tableau de bord compétitivité« von 79 auf 67 Indikatoren reduziert, die sich »ganz im Sinne des von der Regierung angestrebten qualitativen Wachstums« statt auf zehn Kategorien nur noch auf drei verteilen: »wirtschaftliche, soziale und Umweltaspekte«. 41 der 67 Indikatoren seien neu, weitere acht seien »leicht angepaßt« worden. Befand sich Luxemburg in den ersten Jahren eher im Mittelfeld der damals 27 EU-Staaten, so wurden schon vor der Indikatorenreform regelmäßig obere Plätze belegt.

In diesem Jahr haben die Statistiker für Luxemburg den vierten Platz im Generalklassiment (nach Dänemark, Schweden und Irland) ermittelt, wobei in der Kategorie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nur der siebte, in der Kategorie soziale Wettbewerbsfähigkeit hingegen der erste und in der Umweltkategorie lediglich Platz neun belegt worden sei, führte Closener aus.

Diese Aussage wurde von Allegrezza leicht korrigiert, als er davon sprach, eine mit fünf

Prozent des hiesigen Bruttoinlandsprodukts (BIP) allzu positive Leistungsbilanz sei »auch etwas Gutes«, zeige sie doch, daß mehr exportiert als importiert wurde. Auch die Zeit, die es dauert, ein Unternehmen zu gründen sei mit 16,5 Tagen in Luxemburg viel zu lang, in Dänemark lasse sich das in drei, in Deutschland in zehneinhalb, in Belgien in vier und in Frankreich in dreieinhalb Tagen bewerkstelligen. Am längsten dauere es in Polen mit 37 Tagen. Daß die Investitionen in R&D (Forschung und Entwicklung) mit 1,3 Prozent des BIP vergleichsweise niedrig sind, erklärte Allegrezza damit, daß Luxemburg eine »Dienstleistungsökonomie« sei.

Der erste Platz in der Kategorie soziale Wettbewerbsfähigkeit wurde dem Statec-Direktor zufolge erreicht, obwohl 11,9 Prozent der Schaffenden in Luxemburg armutsgefährdet sind. Nur in drei der (derzeit 28) EU-Staaten sind mehr Lohnabhängige davon bedroht, zu den sogenannten »working poor« zu gehören. Genauso schlecht schneidet Luxemburg beim schulischen Sitzenbleiben ab, nicht viel besser sieht es bei der Lohn-

quote – also dem Anteil der Schaffenden am gesamten Volkseinkommen – aus: In Luxemburg sank sie in den vergangenen drei Jahren erneut um 1,0 Prozent, während sie in der gesamten EU nur um durchschnittlich 0,5 Prozent sank. Sehr gut bis gut schnitt Luxemburg hingegen bei der Höhe des kaufkraftbereinigten Medianeinkommens, der unterschiedlichen Entlohnung von Männern und Frauen, dem durchschnittlichen Nettovermögen der privaten Haushalte und der Beschäftigungszunahme im vergangenen Jahr ab.

Im Umweltbereich hapert es vor allem am Anteil von Erdölprodukten am gesamten Energieverbrauch der Privathaushalte, am hohen Pro-Kopf-Verbrauch von Rohmaterialien, an der bis jetzt erreichten Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am bis zum Jahr 2020 gesetzten Ziel, am hohen Müllausstoß pro Kopf und am geringen Anteil an »grünen« Wirtschaftsaktivitäten. Vergleichsweise hoch seien die Energieproduktivität und die Ausgaben für Umweltschutzmaßnahmen relativ zum BIP.



Allegrezza, Closener und Daniel Becker vom Wirtschafts- und Sozialrat während der Präsentation